Die Flüchtlingskrise beschäftigt die internationale Tagesordnung. Da die Berichterstattung bezüglich den Gipfeltreffen zwischen der EU und der Türkei, deren erste am 29. November 2015 und zweite am 7. März 2016 stattfand, teilweise von Mangel an Hintergrundinformationen zeugen, möchte ich hinsichtlich der anhaltenden Diskussionen einige Festlegungen anbringen.

Es ist die gemeinsame und wichtige humanitäre Aufgabe der EU und der Türkei, den unkontrollierten Flüchtlingsstrom nach Europa in geregelte Bahnen zu lenken und somit die tragischen Verluste von Menschenleben in der Ägais zu verhindern. Dass dessen ungeachtet die neuesten Konsultationen der EU und der Türkei auf ein “Kompensationshandel” reduziert werden, ist vorallem eine Ungerechtigkeit der Türkei gegenüber, die während den letzten 5 Jahren, die der syrische Bürgerkrieg schon andauert, ihren humanitären, moralischen und juristischen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Politik “Offene Tür” ohne jegliches Zögern und durch nationale Finanzierung von fast 10 Millarden USD nachgekommen ist, wobei die Beiträge der zivilen Organisationen und der Kommunen noch nicht eingerechnet sind. Somit hat die Türkei mit einem weitaus mehr europäischen Manieren geleistet als manche EU- Länder, welche den Flüchtlingen mit Kriterien hinsichtlich Ausbildungsgrad und finanzielle Situation begegnen.

Es ist hinlänglich bekannt, dass während unserer mehr als fünfzig jährigen Beziehung mit der EU unsere Beitrittsbemühungen durch einige Mitgliedsstaaten beeinträchtigt wurden. Im Rahmen der 2005 begonnenen Vollmitgliedschaftsverhandlungen konnten von insgesamt 35 Kapiteln 15 eröffnet und bloss eines vorübergehend erfolgreich abgeschlossen werden. Dieser Prozess wird seit 11 Jahren durch verschiedene politische Verhinderungen erschwert. Sechs dieser Kapitel wurden einseitig durch Zypern und fünf derer seit der Amtszeit Frankreichs ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy durch Frankreich mit dem Hinweis, dass diese in direktem Zusammenhang mit einer Vollmitgliedschaft stehen, blockiert. Am letzten Gipfel wurden 5 neue Kapitel zur Konsultationen eröffnet. Auch wenn dies eine zutreffende Entscheidung ist, kommt sie im Grunde genommen auch verspätet. Auf der anderen Seite, ist der Beitritt schliesslich an einen gemeinsamen Konsens aller Mitgliedsstaaten, später den parlamentarischen Zustimmungen einiger Mitgliedstaaten und darüberhinaus wie in den Beispielen von Frankreich und Österreich an ein Referandum gebundener , jedoch offener politischer Prozess. Mit anderen Worten; Kenner wissen genau, dass die Eröffnung weiterer Kapitel keinen Einfluss auf eine bestimmende Entscheidung hat und auch nicht als “Deal” bewertet werden kann. Die europäische Identität der Türkei ist keineswegs abstreitbar. Sie wird ihrem Ziel der Vollmitgliedschaft an die Union weiterhin mit Entschlossenheit verfolgen.

Unter den EU-Beitrittsländern ist die Türkei bisher das einzige Land, deren Bürger nicht von der Visum-Freiheit profitieren. Der Dialog zu Visa-Liberalisierung zwischen der EU und der Türkei begannen am 16. Dezember 2013 in Ankara, wo gleichzeitig auch das Rücknahmeabkommen unterschrieben wurde. Das Rücknahmeabkommen, dessen Verhandlungen man parallel mit den Verhandlungen zur Visa-Liberalisierung für türkische Bürger durchführte, trat am 1. Oktober 2014 in Kraft. Das Rücknahmeabkommen bezüglich Bürger von Drittstaaten sollte gleichzeitig mit der Visa-Liberalisierung ab dem 1. Oktober 2017 eingeführt werden. Dieses Datum wurde jedoch in Hinblick auf die Flüchtlingskrise auf Forderung der EU auf Oktober 2016 vorverlegt. Mit anderen Worten, die Einführung der Visa-Freiheit für türkische Bürger ist nicht eine neue Entwicklung, die auf der Flüchtlingskrise basiert. Sie ist ein Prozess, der vom Anfang an gleichzeitig mit den Verhandlungen zum Rücknahmeabkommen durchgeführt wurde. Im Rahmen der neuesten Gespräche und

auf Forderung der EU geht es darum, eine vor Jahren getroffene Entscheidung auf einen früheren Zeitpunkt zu datieren. Die Auffassung, diese Gespräche seien ein ‘Deal’,basierend auf der Flüchtlingskrise, entspricht nicht den Tatsachen.

Andererseits besteht zwischen der Türkei und Griechenland seit 2001 ein bilaterales Rücknahmeabkommen. Die Türkei, die die Flüchtlingskrise bloss aus humanitären Aspekten entgegennimmt, solidarisiert sich auch mit ihrem wirtschaftlich angeschlagenen Nachbarn Griechenland. In diesem Zusammenhang hat Griechenland 2015 die Rückführung von 11’000 Personen angekündigt. Die Türkei hat sich für bereit erklärt, 4’000 Personen im genannten Zeitraum aufzunehmen. Griechenland hat aber nur 8 Personen in die Türkei ausgewiesen, was auch so bereits das Wohlwollen und die konstruktive Haltung der Türkei unterstreicht.

Darüber hinaus möchte ich daran erinnern, dass die von der EU zugesicherte finanzielle Unterstützung in Betrag von 3 Milliarden US-Dollar nicht für die Türkei bestimmt ist. Dieser Betrag wird unter transparenter Aufsicht ausschliesslich für die Bedürfnisse der syrischen Flüchtlinge aufgewendet. Es ist auch nicht zu vergessen, dass die besagte Summe im Vergleich zu den türkischen Aufwendungen lediglich eine bescheidene Lastenteilung darzustellen vermag.

Die Risiken, denen die Türkei aufgrund der Flüchtlingskrise ausgesetzt ist, sind nicht bloss finanzieller Natur. Allen voran, der IS und die PKK (zusammen mit ihren syrischen Ablegern PYD und YPG) bedrohen die nationale Sicherheit der Türkei und stellen ernsthafte sozio-ekonomische Risiken dar.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich es nicht verpassen, auch einige Fakten bezüglich der in der Türkei vorübergehend Schutz gefundenen Syrern zu vermitteln.

- Zurzeit befinden sich mehr als 2.7 Millionen registrierte syrische Flüchtlinge in der Türkei. Mit den Migranten aus dem Irak und Afghanistan steigt diese Zahl rasch auf über 3 Millionen.

- Die Zahl der in der Türkei geborenen syrischen Flüchtlingskinder beläuft sich auf über 152’000. Durchschnittlich kommen in der Türkei täglich über 100 und jährlich über 45’000 syrische Kinder zur Welt.

- Alleine in der syrischen Grenzstadt Kilis, die selbst über 90.000 Einwohner verfügt, werden über 120’000 Syrer und Syrerinnen beherbergt.

- Die Türkei ist weltweit das Land mit den meisten Flüchtlingen. Entgegen den 10 Millarden US-Dollar Ausgaben, blieb der Beitrag der internationalen Gemeinschaft auf 455 Millionen US-Dollar stehen, von welchem bloss 175 Millionen Dollar durch die Europäische Union beschaffen wurde.

- Von den ca. 750’000 schulpflichtigen syrischen Kindern geniessen 300 Tausend eine Ausbildung. Hier besteht ein Bedarf an 30 Tausend Lehrpersonen und 25’000 Schulklassen, weshalb auch der Beitrag der EU grösstenteils in diesem Bereich investiert werden soll.

- Unter den Flüchtlingen, die Deutschland aufgenommen hat, liegt der Anteil an Hochschulabgängern bei ca. 70%, wobei dieser in der Türkei bei 2% liegt. Der Anteil analphabetischer Flüchtlinge liegt in der Türkei bei 50%.

Schliesslich möchte ich darauf hinweisen, dass die syrischen Flüchtlinge erst in ihre Heimat zurückkehren können, wenn die Krise nachhaltig und friedlich gelöst wird. Die Türkei wird auch in dieser Hinsicht ihren Bestrebungen sowohl in politischer wie auch in humanitärer Ebene mit Entschlossenheit weiter verfolgen.

Hochachtunsvoll

Mehmet T. GÜCÜK

Botschafter